

© RZ Koblenz

Region will keine Änderung der Wahlkreise

Landespläne Resolution in Höhr-Grenzhausen verabschiedet

Von unserer Reporterin

Natalie Simon

M Höhr-Grenzhausen/Rennerod. Die Verbandsgemeinde Höhr-Grenzhausen wehrt sich gegen die vom Land geplante Neueinteilung der Wahlkreise bei Landtagswahlen. Der Verbandsgemeinderat hat bei einer Enthaltung eine entsprechende Resolution verabschiedet. Darin erkennt Thilo Becker, Bürgermeister der Verbandsgemeinde (VG), zwar an, dass durch die Veränderung der Anzahl der Stimmberechtigten die Wahlkreisanpassung rechtlich begründet ist. Rein mathematische Betrachtungen würden jedoch den tatsächlichen Gegebenheiten und gewachsenen Bindungen nicht gerecht.

Gemeinsam mit den VGs Montabaur, Ransbach-Baumbach, Wallmerod und Wirges gehört die VG Höhr-Grenzhausen derzeit dem Wahlkreis 6 „Montabaur“ an. Dort gibt es jedoch zu viele Wahlberechtigte, 28,1 Prozent mehr als im Durchschnitt. Das Bundesverfassungsgericht hat jedoch entschieden, dass die Abweichung maximal 25 Prozent (bisher 33 1/3 Prozent) betragen darf. Darum will die Landesregierung die VG Höhr-Grenzhausen dem Wahlkreis 10 „Bendorf/Weißenthurm“, der die VGs Vallendar und Weißenthurm sowie die Stadt Bendorf umfasst, zuordnen.

Bereits in der vergangenen Woche wurde das entsprechende Gesetz in den Landtag eingebracht. Darum hatte VG-Chef Becker die Resolution schon an die entsprechenden Stellen in Mainz und die betroffenen Landtagsabgeordneten geschickt. In der Resolution betonen die Höhr-Grenzhäuser die geschlossene und gewachsene Struktur der Wahlkreise, die durch wirtschaftliche, historische, kulturelle und politische Beziehungen geprägt sei. „Höhr-Grenzhausen ist eine Westerwälder Verbandsgemeinde, und so verstehen sich auch die Menschen als Westerwälder“, steht in der Stellungnahme zu lesen. Die Ausrichtung auf Koblenz begründe sich nur durch Berufspendler und die dortigen Einkaufsmöglichkeiten. Die Gemeinsamkeiten mit der VG Vallendar und der Stadt Bendorf bestünden aus der gemeinsamen Gemarkungsgrenze und sich daraus ergebende, punktuelle Kooperationen. Keinerlei Berührungspunkte habe man mit der VG Weißenthurm, die schließlich auf der anderen Rheinseite liege. Dagegen gebe es zum Westerwaldkreis zahlreiche Verknüpfungen, beispielsweise in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Politik.

Die Höhr-Grenzhäuser machen darauf aufmerksam, dass ein Herauslösen ihrer VG aus dem Wahlkreis 6 für die politischen Parteien und für die Bindung an die Landtagsabgeordneten Folgen und Schwierigkeiten mit sich bringt, beispielsweise für die Wahlkampforganisation und die Betreuung durch den jeweiligen Abgeordneten, der oftmals auch Mitglied des jeweiligen Kreistages sei. Die VG Höhr-Grenzhausen wäre dann jedoch ein „Anhängsel“ des Wahlkreises 10 im Kreis Mayen-Koblenz. Auch der wissenschaftliche Dienst habe in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass kommunale Grenzen gewahrt bleiben sollten. Ebenfalls verwiesen wird auf die Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes, wonach im Wahlkreis 6 bis 2030 ein Rückgang um rund 7400 Einwohner zu erwarten sei.

In der VG-Ratssitzung sagte Thilo Becker: „Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sieht eine nachhaltige Neustrukturierung anders aus.“ Die CDU-Fraktion und der -Gemeindeverband wendeten sich in einer Erklärung ebenfalls gegen die Wahlkreisreform. Die Höhr-Grenzhäuser Christdemokraten sehen bei der Neueinteilung mehrere Grundsätze verletzt und schlagen die Reduzierung der jetzigen Wahlkreise, einhergehend mit der Reduzierung der Abgeordnetenanzahl, vor. Doris Holste-Klebula (Grüne) forderte ein massives Auftreten gegen bestimmte Beschlüsse der Landesregierung und bedauerte, dass der Städtetag sowie der Gemeinde- und Städtebund keine eigenen Resolutionen verfasst haben. VG-Chef Becker berichtete, dass die Verwaltung nur durch diese kommunalen Spitzenverbände überhaupt von der geplanten Neugliederung erfahren habe: „Es wäre schön gewesen, wenn die Kommunen ins Bild gesetzt worden wären.“ Michael Stahl (FWG) kündigte an, die FWG-Kreistagsfraktion werde auch in diesem Gremium noch eine entsprechende Resolution einbringen. „Das Bundesverfassungsgericht meinte mit dem Urteil sicher nicht, einfach gewachsene Strukturen vom Tisch zu wischen“, so Stahl.

Westerwälder Zeitung vom Donnerstag, 2. Oktober 2014, Seite 13

